



DAS ROTE TUCH

FÜR EINE SOZIALISTISCHE ZUKUNFT

8. Juli 2011

ArbeiterInnen aller Länder, vereinigen wir uns! (Karl Marx)

Preis: 0,50 €

Die Bevölkerungen zahlen – die Banken kassieren

Der Tanz auf dem Vulkan geht weiter. Schon verhandelt die EU über weitere 120 Milliarden Euro an Krediten für Griechenland. Denn die Finanzmärkte drohen mit einer neuen Finanzkrise, mit einer Kettenreaktion mindestens in ganz Europa, wenn man Griechenland nicht rettet.

Die Gefahr einer solchen Kettenreaktion besteht wirklich. Doch die Banken nutzen die berechtigte Angst davor gnadenlos aus, um ihre Bedingungen zu diktieren und aus den Bevölkerungen so viel wie möglich herauszupressen.

Angefangen bei der Bevölkerung Griechenlands, die im Namen dieser Rettung immer drastischere Einsparungen und Verschlechterungen erlebt. Sie sieht von einer „Rettung“ nichts. Denn die europäischen „Rettungs“-Kredite dienen einzig dem Zweck, dass Griechenland weiter die Raten seiner Schulden bezahlen kann. Sie retten also nur die „privaten Gläubiger“, die bei einer Insolvenz Griechenlands alle ihre Kredite in den Wind schreiben müssten.

Wochenlang wurde dabei diskutiert, ob man die privaten Gläubiger wenigstens ein klein wenig an diesem neuen Rettungspaket beteiligen sollte, das man schließlich in ihrem Interesse macht. Das wäre eigentlich das Mindeste. Denn diese „privaten Gläubiger“, das sind vor allem große internationale Banken und Versicherungsgesellschaften. Diese Banken, wie die Commerzbank oder die Deutsche Bank, verdienen sich schon seit Jahren eine goldene Nase daran, dass sie Griechenland gegen saftige Zinsen Geld leihen.

Und seitdem es dem Land so schlecht geht, verlangen sie 8%, 12% und mittlerweile sogar 27% Zinsen, was jedes Land in den Abgrund werfen würde! Diese unglaublichen Wucherzinsen ha-

ben die Banken damit gerechtfertigt, sie würden ja ein Risiko eingehen, wenn sie Griechenland Geld leihen würden. Doch wieder mal wird ihnen – wie in der Finanzkrise 2008 – das Risiko von den europäischen Staaten mit ihren gigantischen Rettungspaketen abgenommen.



Als Merkel nur die Idee in den Raum warf, die Banken sollten einen winzigen Bruchteil ihrer Risiken selber tragen, hat sofort ein Geschrei der „Finanzmärkte“, das heißt der großen Banken begonnen: „Wenn ihr die Banken zu irgendwas zwingt, kommt eine schlimmere Finanzkrise als 2008.“

Mit ihrer Erpressung haben sie erreicht, dass die Banken sich nur noch „freiwillig“ beteiligen... und das heißt, dass sie sich so gut wie gar nicht beteiligen. Die privaten deutschen Banken zum Beispiel übernehmen gerade einmal das Risiko für 1 Milliarde Euro ihrer Kredite, während der deutsche Staat, das heißt die deutsche Bevölkerung, mit 40 Milliarden und mehr aus den öffentlichen Kassen haftet.

Die Banken haben die Profite eingesteckt, doch die Crashes und Katastrophen, die sie auslösen, sollen die Bevölkerungen ausbaden. Gerade stürzen sie sich auf die griechische Bevölke-

rung, wieder mit neuen Einsparungen im Öffentlichen Dienst, mit 150.000 vernichteten Arbeitsplätzen, 20% Lohnsenkungen, 30% weniger Krankenhausbetten und vielem mehr. Alles Maßnahmen, die die wirtschaftliche Lage nur weiter verschlechtern können!

Und morgen schon können und werden sich die großen Banken gegen das nächste Land wenden. Alle Staaten sind hoch verschuldet, das ist keine Besonderheit Griechenlands. Kein Land ist vor den Spekulationen und Erpressungen der Banken sicher. Heute schon schwebt das Messer über der Bevölkerung Irlands, Portugals, Spaniens... und morgen kann es genauso Frankreich und dann Deutschland treffen.

Mit dem Rücken zur Wand, versucht sich die griechische Bevölkerung dagegen zu wehren, dass die Banken sie immer weiter in den Abgrund reißen. Man kann ihnen dabei nur viel Mut und Entschlossenheit wünschen.

Um jedoch zu verhindern, dass wir alle immer weiter auf den Abgrund und die nächsten großen Finanzkrisen zusteuern, müssen wir es schaffen, diesen Parasiten die Macht wegzunehmen. Auch nach der Finanzkrise 2008 machen die weiter und richten in ihrer Profitgier immer schlimmeren Schaden an.

Diese großen Banken, die die Macht haben, weltweite Krisen auszulösen, ganze Staaten in den Bankrott zu spekulieren und ganze Bevölkerungen in den Abgrund zu treiben, dürfen nicht in den Händen von privaten Aktionären bleiben. Die Banken müssen enteignet werden. Sie müssen zu einer einzigen, durchschaubaren und kontrollierbaren Bank zusammengefasst werden und in den Dienst und unter die Kontrolle der dort Beschäftigten und der gesamten Bevölkerung gestellt werden.

Für wen ist heute die Schule da?

Seit Monaten streitet die SPD-Grünen-Landesregierung in NRW mit der CDU um die Einführung einer sogenannten Gemeinschaftsschule. Vor allem dort, wo Haupt- oder Realschulen nur wenige Schüler haben, sollen die Städte an ihrer Stelle eine Gemeinschaftsschule gründen können: An dieser sollen die Kinder zumindest zwei Jahre länger zusammen lernen, bevor sie frühestens in der 7.Klasse in Haupt-, Real- und Gymnasialzweig getrennt werden. Außerdem sollen hier alle Schulabschlüsse bis zum Abitur möglich sein.

Die CDU ist gegen die Gemeinschaftsschule. Sicher, es ist ziemlich wahrscheinlich, dass die Zusammenlegung der Haupt- und Realschulen insbesondere dazu genutzt werden wird, um Geld und Lehrerstellen zu sparen. Doch das ist es nicht, was die CDU stört. Im Gegenteil, auch sie will hier sparen. Doch sie und ihre konservativen Wähler wollen, dass das Abitur dabei gefälligst das Privileg der Gymnasien ist und bleibt. Und dass man die Kinder spätestens im Alter von 10 Jahren dafür aussortiert!

Sie setzen damit die Tradition derjenigen fort, die ein solches Schulsystem mit „höheren Schulen“ und „Volkschulen“ vor über 100 Jahren eingeführt haben. Die „höheren Schulen“ mit ihrer langen, umfangreichen Bildung waren für alle Bessergestellten und eine kleine Minderheit der Arbeiterkinder da. Die große Mehrheit der Arbeiterkinder hingegen musste die Volksschulen besuchen, wo ihnen wirklich nur das Nötigste beigebracht wurde, um ihren Beruf erlernen und ausüben zu können.

Die herrschende Klasse, das Bürgertum und ihre Politiker, erklärte damals recht offen, dass sie nicht mehr Geld als nötig für die Ausbildung der Arbeiterkinder „verschwenden“ wolle. Dieses Geld war ihrer Meinung nach besser auf den Konten der Kapitalisten aufgehoben.

Außerdem wollten sie die Illusion aufrecht erhalten, dass nur das Bürgertum genug „Wissen“, „Bildung“ und „Leistungsfähigkeit“ besitze, um die Fabriken, die Politik, die Gesellschaft zu leiten. Sie wollten nicht, dass die



**Die Arbeiter bauen und versorgen die Gymnasien und Universitäten
– aber für ihre Kinder sollen sie verschlossen sein.**

Arbeiter genug Selbstvertrauen bekommen, um sich in Wirtschaft und Politik einzumischen und vielleicht zu merken, dass sie viel sinnvollere und bessere Entscheidungen für die Allgemeinheit treffen würden als die Kapitalisten.

Heute sind sie nicht mehr so ehrlich. Doch an dem Prinzip hat sich nichts geändert. Auch heute entscheidet zum großen Teil die soziale Herkunft eines Kindes darüber, auf welche Schulform es kommt und damit welche Schul- und Universitätsabschlüsse und welche Berufe es machen kann. Auch heute steht nur einem kleinen Teil der Kinder von Maurem, Arzthelferinnen oder Lagerarbeitern das Gymnasium und gar die Universität offen.

Dabei sind gerade die Kinder auf die Schule angewiesen, deren Eltern eben nicht die Zeit, das Wissen und das Geld haben, um ihre Kinder außerhalb der Schule selber zu fördern, um ihnen Reisen, Kultur und Wissenschaft zu ermöglichen. Gerade ihnen müsste die Schule eine umfassende, möglichst lange und intensive Bildung und Förderung bieten.

Doch diese Gesellschaft ist nicht bereit, dafür entsprechend mehr Geld und Lehrer in die Schulen zu stecken. Und die jüngste Diskussion erinnert auch daran, dass keine der großen Parteien daran grundsätzlich etwas ändern will. In dieser Gesellschaft sollen die Arbeiter zwar die Universitäten bauen, ihre Flure putzen, sollen Bücher drucken, die Leitungen in Museen verlegen, sollen das Essen für Forscher und Lehrer herstellen. Doch der Zugang zu großen Teilen von Kultur und Wissen soll den Kindern der bürgerlichen Schichten vorbehalten bleiben.

Auf diese Weise sorgt die Schule dafür, dass die Kinder der Reichen die neuen Firmenchefs, die Kinder der Doktoren, Rechtsanwälte und Ärzte die neuen Abteilungsleiter und Politiker werden, und die Kinder der Arbeiter die neuen Arbeiter. Und daran wird sich in dieser Gesellschaft auch nichts ändern. Die Schule im Kapitalismus ist ein Abbild dieser ungerechten Klassengesellschaft und sie trägt dazu bei, dieses System weiterzuführen und zu rechtfertigen.

Die Faxen dicke

700.000 Kunden des Stromanbieters Teldafax bangen um ihr Geld: Der „Billigstrom-Anbieter“ hat Pleite gemacht. Viele aber mussten im Voraus ihren Strom bezahlen, teilweise für ein Jahr. Dieses Geld ist wahrscheinlich weg. Das ist besonders hart, weil viele der Betroffenen wenig Geld haben. Gerade sie haben wegen der ständig steigenden Strompreise fast zwangsläufig zu einem Billiganbieter gewechselt. Nun kann es ihnen obendrein noch passieren, dass sie übergangsweise in den deutlich teureren Tarif des örtlichen Stromversorgers müssen. Diese Billigstrom-Anbieter wurden uns als Beweis für den Erfolg der Stromprivatisierung und der freien Konkurrenz verkauft. Der Beweis spricht für sich...

Was unsere Löhne und Renten wirklich auffrisst...

Ziemlich ratlos suchen CDU und FDP nach Wegen, um etwas gegen ihre haushohen Wahlniederlagen zu tun. Und so kramen sie die alten Wahlversprechen wieder heraus: Vielleicht könnte man ein bisschen die Steuern senken... 2013, pünktlich zur nächsten Bundestagswahl.

Die arbeitende Bevölkerung wird sie mit ihrem neusten Theater kaum beeindrucken. Als ob ein paar Euro weniger Steuern die drei Jahre offener Politik im Interesse der Reichen und Konzerne, drei Jahre der Verschlechterungen für die einfache Bevölkerung vergessen machen könnten.

Die große Mehrheit würde ohnehin so gut wie nichts von ihrer geplanten Senkung der Einkommenssteuer haben. Solche Steuersenkungen bringen immer denen viel, die viel Einkommen haben. Und vor allem, was nützen ein paar Euro weniger Steuern in zwei Jahren, wenn unser Einkommen heute täglich weiter zusammenschmilzt... weil die Preise immer weiter steigen?

An dieser Inflation hat die Politik der Regierung einen maßgeblichen Anteil. Mit den gigantischen Milliardenhilfen, den Rettungs- und Konjunkturpaketen für Banken und Konzerne hat sie nämlich die Staatsschulden seit 2008 gigantisch in die Höhe getrieben. Diese Schulden zwingen heute Städte und Länder zu immer neuen Sparplänen und zu höheren Gebühren.

Und außerdem haben diese gigantischen Schulden, die alle Staaten Europas für die Reichsten gemacht haben, begonnen, eine Inflation zu verursachen. Das Geld ist weniger wert und so steigen die Preise für alles.

Die Preise steigen noch zusätzlich dadurch, dass die großen Konzerne den Hals nicht voll kriegen. Man denke nur gerade wieder an die Ölkonzerne: Obwohl der Preis für Rohöl deutlich gesunken ist, nachdem Deutschland und andere Regierungen einen Teil ihrer Ölreserven auf den Markt geworfen haben, ist der Spritpreis weiter oben geblieben. Denn die Ölkonzerne

haben die niedrigeren Ölpreise nicht an uns weitergegeben. Nein, sie machen lieber satte Extragewinne. Sie können das Öl billiger einkaufen – zwingen uns aber, gerade zu Beginn der Ferienzeit, weiter die gleichen Wu-

aus – mit dem Erfolg, dass ihre Gewinne steigen und steigen, weil für uns die Preise steigen und steigen.

Die Arbeitenden haben weder auf die Inflation der Währung, noch auf die Preisdiktate von Shell oder EON einen Einfluss. Sie haben nur eine Stellschraube, an der sie drehen können: an ihren Löhnen. Lohnerhöhungen sind die einzige Möglichkeit, um den steigenden Preisen entgegenzusteuern und zu verhindern, dass diese uns immer weiter bergab drücken.

Und was wir angesichts der teilweise schnell und brutal steigenden Preise vor allem brauchen, ist eine schnelle Anpassung der Löhne an die gestiegenen Preise. Wir können es uns nicht leisten, ein oder zwei Jahre lang auf die nächste Lohnerhöhung zu warten, wenn die Preise schon nach vier oder acht Wochen gestiegen sind und die Lohnerhöhung wieder aufgefressen haben.

Zum Schutz unserer Kaufkraft und unserer Lebensbedingungen müssen wir es schaffen durchzusetzen, dass jedes Mal, wenn die Preise steigen, die Löhne automatisch mitsteigen. Nur so können wir erreichen, dass nicht wir immer ärmer werden – und die Kon-



Quelle: www.schwaebische.de

Gegen ihre steigenden Preise helfen nur steigende Löhne

cherpreise auf.

Das ist möglich, weil nur einige wenige Konzerne den Markt für Öl beherrschen. Diese wenigen Konzerne können sich problemlos untereinander abstimmen und so willkürlich die Preise festlegen. Und dies gilt nicht nur für die Ölkonzerne: Auch die Strom- oder Lebensmittelkonzerne plündern uns so

Politiker als Vorbild

Die Politiker im Bundestag haben gerade beschlossen, ihre monatlichen Diäten 2012 und 2013 um jeweils 300 Euro zu erhöhen. Die CDU bezeichnet diese Erhöhung als „vernünftig und maßvoll“!

Na ja, eigentlich hat sie Recht. 300 Euro mehr im Monat sind vernünftig und maßvoll: Um die vergangenen Preissteigerungen aufzufangen, wären 300 Euro das Mindeste, was wir alle, Arbeiter, Rentner, Arbeitslose, dringend brauchen!

Autokonzerne : Stromfresser – Geldfresser

Jährlich 2 Milliarden Euro an Subventionen sowie weitere staatliche Hilfen bekommen die Autokonzerne für die Entwicklung und Vermarktung des Elektroautos. Wen interessiert's, dass alleine die 4 großen Autokonzerne VW, Daimler, BMW und Audi im letzten Jahr zusammen 17,7 Milliarden Euro Reingewinn gemacht haben und also wirklich keine weiteren staatlichen Hilfen brauchen? Wen interessiert's, dass viele Experten das Elektroauto wegen seines großen Bedarfs an Strom sowie an giftigen Stoffen, Seltene Erden und Schwermetallen wahrlich nicht als Auto der Zukunft sehen?

Hauptsache, die Regierung hat mal wieder einen Grund gefunden, um den Konzernen Milliarden zu schenken.

Teilzeit? Nein, nur Teilgeld!

Wer Teilzeit arbeiten muss, wird gleich mehrfach ausgebeutet: Man hat am Monatsende nur selten einen Lohn, von dem man alleine leben kann.

Nicht nur, weil man weniger Stunden arbeitet, sondern auch, weil man obendrein durchschnittlich einen niedrigeren Stundenlohn bekommt als in Vollzeit. Gleichzeitig aber arbeitet man oft noch mehr: Viele müssen in 6 Stunden

letztlich genauso viel machen wie sonst in 8 Stunden. Und unbezahlte Überstunden sind alles andere als selten.

Der Trend der Betriebe, immer mehr Vollzeitstellen in Teilzeit und Minijobs umzuwandeln, ist also auch eine geschickte Form, um für die gleiche Arbeit... weniger Lohn zu zahlen.



Quelle: www.rp-online.de

Unter demokratischer Tarnfarbe

Es sollte eigentlich nicht so bekannt werden, dass Deutschland 200 brandneue Panzer an Saudi-Arabien verkauft: An ein Land, in dem Frauen kein Auto fahren dürfen, auf Homosexualität die Todesstrafe steht und das erst jüngst in das Nachbarland Bahrain einmarschiert ist, um dem Diktator bei der Niederschlagung der protestierenden Bevölkerung zu unterstützen.

Berechtigterweise empören sich viele darüber, wie Deutschland an ein solches Land Waffen liefern kann. Doch in Wahrheit sind solche Waffenverkäufe Alltag: Deutschland ist der drittgrößte Waffenexporteur der Welt, nach den USA und Russland. Nie interessiert sie dabei, welche Diktatoren und Kriege in den jeweiligen Ländern herrschen, zu welchen brutalen Gewalttaten diese Waffen dienen – Hauptsache, man kann damit Geld machen. Nur achtet Deutschland normalerweise darauf, dass diese ständigen Waffenlieferungen diskret verlaufen... damit ihr Image als „Verteidiger der Demokratie“ nicht beschädigt wird.

Kasachstan: Streik der Ölarbeiter

Es ist der größte Streik, den Kasachstan je erlebt hat: Seit bald 2 Monaten streiken 15.000 Ölarbeiter für höhere Löhne und für die Anerkennung ihrer eigenen, von dem diktatorischen Regime unabhängigen Gewerkschaft. Ihr Streik wurde sofort für illegal erklärt und das Regime versucht, ihn mit brutaler Gewalt zu unterdrücken. Ein Arbeiter wurde getötet, viele entlassen und ins Gefängnis geworfen. Die Familien der Arbeiter werden unter Druck gesetzt, ihre Häuser werden angezündet... Auf die Anführer des Streiks wird Jagd gemacht und ihre Gewerkschaft als verbrecherische „Extremisten“ verteufelt, weil sie die Verstaatlichung der ehemaligen Staatsbetriebe unter der Kontrolle der Arbeiter fordert.

Wenn das Regime jedoch gedacht hat, mit Verfolgung und brutaler Unterdrückung den Kampf der Arbeiter schnell beenden zu können, so haben sie sich getäuscht. Die Arbeiter haben den Kopf erhoben und fordern nun ein, was ihnen zusteht.

Abschaffung der 1-Euro-Jobs... und dann?

Die Regierung hat die Zuschüsse für die 1-Euro-Jobs gekürzt. In einem Leserbrief berichtet uns eine Betroffene dieser Sparmaßnahme:

„Bis vor kurzem hatte ich einen 1-Euro-Job bei der Diakonie in Essen. Sicher, grandios war das nicht und verdient habe ich sehr wenig. Aber immerhin konnte ich als alleinerziehende Mutter überhaupt wieder ins Berufsleben einsteigen, konnte arbeiten, Kontakte knüpfen und war nicht mehr vom Rest der Welt so isoliert wie vorher.

Doch jetzt, wo die Zuschüsse gekürzt sind, „rentieren“ sich solche Maßnahmen für die Diakonie nicht mehr. So stehen ich und all die anderen Frauen von der Maßnahme mal wieder vor dem großen Nichts... und man wird ja nicht jünger. Viele Kleinigkeiten, die man sich mal leisten konnte, fallen jetzt wieder weg. Auch das Monatssticket für den Bus gibt es nun nicht mehr. So fehlen dann „mal eben“ 100 Euro im Monat.

Die Regierung erzählt uns zwar jetzt, dass es bergauf ginge und man 1-Euro-Jobs nicht mehr bräuchte, weil ja alle bald feste Jobs bekommen könnten. Was für ein Quatsch! Außer... die Regierung würde die ganzen 1-Euro-Jobs einfach wieder vernünftige, feste Arbeitsplätze umwandeln. Genau das waren die meisten 1-Euro-Jobs schließlich früher mal. Dann bräuchte auch niemand mehr für mickrige 1 Euro die Stunde arbeiten zu gehen.“

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -
Postfach 10 08 02
45008 Essen
E-Mail:
das-rote-tuch@gmx.de
Telefon:
0157 – 76493485